

Pressemitteilung

Schutz vor Gewalt: Beratungs- und Hilfenetz wird weiter ausgedünnt

Rostock, 6. November 2024 – Die Krise des Hilfenetzes gegen häusliche und sexualisierte Gewalt verschärft sich weiter. Viele Beratungs- und Interventionsstellen in Mecklenburg-Vorpommern sind aufgrund unzureichender finanzieller Unterstützung durch das Land und die Kommunen in ihrem Fortbestand gefährdet. So wird die Beratungsstelle für Betroffene häuslicher Gewalt in Grevesmühlen zum Ende des Jahres ihre Arbeit einstellen müssen. Grund ist die anhaltende Unterfinanzierung durch den Landkreis, die eine Fortführung des Angebots für den Träger unmöglich macht. Mit dem Wegfall wird für Betroffene häuslicher Gewalt in ganz Nordwestmecklenburg kein langfristiges Beratungsangebot mehr zur Verfügung stehen.

Auch die Interventionsstellen in Schwerin und Rostock sind dramatisch überlastet. Die Mitarbeitenden kämpfen mit einem stetig wachsenden Fallaufkommen, das ohne zusätzliches Personal nicht mehr bewältigt werden kann. Weitere Stellen werden seitens des Landes jedoch nicht finanziert. Stattdessen verweist man auf den nächsten Doppelhaushalt, der angesichts der drohenden Sparmaßnahmen kaum Aussicht auf Verbesserungen bieten dürfte.

Die dramatischen Folgen sind bereits absehbar: Die Interventionsstelle Rostock, die bisher die Hansestadt und den gesamten Landkreis Rostock betreut, wird die Fälle aus dem Landkreis künftig nicht mehr bearbeiten können. Damit droht für rund 220.000 Menschen der Zugang zu Soforthilfe und Beratung im Falle häuslicher Gewalt oder Stalking wegzubrechen. Interventionsstellen leisten essentielle Unterstützung: Sie bieten Soforthilfe bei akuter Bedrohung, stabilisieren Betroffene und vermitteln sie in langfristige Beratungsangebote. Auch mitbetroffene Kinder und Jugendliche werden hier beraten. Das Wegfallen solcher Angebote verschärft die Lage für Betroffene und mindert deren Zugang zu notwendigem Schutz und Unterstützung.

"In der letzten Legislaturperiode wurden die Mitarbeitenden des Beratungs- und Hilfenetzes damit getröstet, dass der damalige Koalitionspartner der SPD eine bessere Finanzierung des Hilfenetzes blockiere", erläutert Monique Tannhäuser, die Geschäftsführerin des Landesfrauenrates M-V. "Entsprechend groß waren unsere Hoffnungen auf die rot-rote Landesregierung. Doch vier Jahre später zeigt sich ein ernüchterndes Bild – die Situation hat sich keinesfalls verbessert, im Gegenteil."

Die alljährliche Antigewaltwoche im November, bei der auch viele politische Akteur*innen wieder verbal Flagge zeigen werden, steht bevor. Doch angesichts der Untätigkeit im Bereich der Finanzierung fragen sich viele Mitarbeitende im Hilfenetz, wie diese Politiker*innen ihre Worte mit ihrem Handeln in Einklang bringen.

Die Situation ist alarmierend und bedarf dringend einer sofortigen finanziellen Unterstützung, um Betroffenen häuslicher und sexualisierter Gewalt weiterhin umfassende Hilfe bieten zu können. Der Landesfrauenrat fordert die Landesregierung und die säumigen Kommunen daher eindringlich auf, die notwendigen Mittel bereitzustellen, um das Hilfenetz zu stärken und dem weiteren Abbau von Beratungsangeboten entgegenzuwirken.

Für Rückfragen und weitere Informationen steht Ihnen der Landesfrauenrat M-V gerne zur Verfügung.

Monique Tannhäuser, Geschäftsführerin LFR M-V

tannhaeuser@landesfrauenrat-mv.de

Tel.: 0176-45995264